

9. **Sitzung** — ^{ge} **séance**

.....Donnerstag, den 26. September 1935, 9 Uhr.....

9. Sitzung - 9^e Séance.

Donnerstag, 26. September 1935, 9 Uhr.

Jeudi, 26 septembre 1935, 9 heures.

Präsident = Président: zuerst Vizepräsident Amstalden und
hierauf Präsident Béguin.

Mitglieder = Membres: anwesend = présents: 43

abwesend = absent: 1

Ohne Entschuldigung = non excusé: Hr. Chamorel.

Tagesordnung - Ordre du jour.

15/3296 n Bundeshilfe an den Kanton Neuenburg.

n Aide au canton de Neuchâtel.

12/3259 s Offiziersschulen und -kurse. Abänderung des Bundes-
beschlusses (Differenz).

é Ecoles et cours d'officiers. Modification de l'arrê-
té fédéral (divergence).

3/3291 n Votation populaire du 2 juin 1935 (initiative de
crise). Résultat.

n Volksabstimmung vom 2. Juni 1935 (Kriseninitiative).
Erwahrung.

85/3307 s Pressefreiheit. Ergebnis des Volksbegehrens.

é Liberté de la presse. Résultat de l'initiative po-
pulaire.

22/3265 s Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte. Verlängerung
der einschränkenden Massnahmen (Differenzen).

é Grands magasins et magasins à prix uniques. Prolon-
gation des mesures restrictives (divergences).

Das Protokoll der 7. Sitzung vom 24. September 1935 wird
genehmigt.

Das Protokoll der 8. Sitzung vom 25. September 1935 wird
aufgelegt.

Le procès-verbal de la 7e séance du 24 septembre 1935
est approuvé.

Le procès-verbal de la 8e séance du 25 septembre 1935
est déposé.

Der Nationalrat teilt mit, dass er gestern beschlossen habe, die gegenwärtige Tagung nächsten Samstag den 28. September 1935 zu schliessen.

Der Rat schliesst sich dieser Schlussnahme an.

An den Nationalrat.

Le Conseil national communique qu'il a décidé hier de clore la présente session samedi prochain 28 septembre 1935.

Le conseil adhère à cette décision.

Au Conseil national.

Der Nationalrat teilt mit, dass er die Priorität für das Geschäft 85/3307 Pressefreiheit. Ergebnis des Volksbegehrens dem Ständerat zugewiesen hat, gemäss des gestrigen Beschlusses dieses Rates.

Es wird hiervon Vormerk genommen.

Le Conseil national communique^{que}, conformément à la décision prise hier par le Conseil des Etats, il a attribué à celui-ci la priorité de discussion pour l'objet no 85/3307 Liberté de la presse. Résultat de l'initiative populaire.

Dont acte.

Der Herr Vorsitzende stellt fest, dass das Geschäft 22/3265 é Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte. Verlängerung der einschränkenden Massnahmen (Differenzen) in dieser Sitzung nicht behandelt werden kann, da es noch beim Nationalrat liegt. Es wird auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung gesetzt werden.

M. le président constate que l'objet no 22/3265 é Grands magasins et magasins à prix uniques. Prolongation des mesures restrictives ne peut être discuté dans cette séance, attendu que cet objet est encore en discussion au Conseil national. Il sera porté sur l'ordre du jour de la séance de demain.

15/3296 n Bundeshilfe an den Kanton Neuenburg.

Botschaft und Beschlussesentwurf vom 13. September 1935 (BB1 II, 325).

Beschluss des Nationalrats vom 24. September 1935 und Anträge der ständerätlichen Kommission vom 25. September 1935 (Beilage 4a).

Berichterstatter: Hr. Zust.

15/3296 n Aide au canton de Neuchâtel.

Message et projet d'arrêté du 13 septembre 1935 (FF II, 326).

Décision du Conseil national du 24 septembre 1935 et propositions de la commission du Conseil des Etats du 25 septembre 1935 (annexe 4b).

Rapporteur: M. Zust.

Allgemeine Aussprache - Discussion générale.

Herr Z u s t , Berichterstatter: Unter den zahlreichen Hilfsaktionen, welche die eidgenössischen Räte im Laufe der Jahre beschäftigt haben, nimmt die Vorlage, die uns der Bundesrat mit seiner Botschaft vom 13. September unterbreitet hat, eine ganz besondere und glücklicherweise durchaus vereinzelte Stellung ein. Es gilt, von Bundes wegen die Zahlungsfähigkeit eines Kantons und seines staatlichen Bankinstitutes zu stützen. Sofort drängen sich hier vor allem zwei Fragen auf: "Wie ist es möglich, dass einer unserer Gliedstaaten in eine derartige Lage gekommen ist, sodass der Bund eingreifen muss ?", ferner die Frage: "Ist der betreffende Kanton wirklich ausserstande, aus eigenen Kräften seine finanziellen Verhältnisse zu meistern ? Ist es unumgänglich, dass die in der heutigen Zeit ja wahrlich schon vielseitig genug in Anspruch genommene Bundeshilfe auch hier ins Mittel treten muss ?"

Als Ausgangspunkt für die Beantwortung der ersten Frage gibt die bundesrätliche Botschaft eine umfassende, auch topographisch recht interessante mit reichlichem Zahlenmaterial versehene Darstellung der allgemeinen Verhältnisse des Kantons Neuenburg. Ich nehme an, Sie haben davon Kenntnis genommen und entbinden mich der Aufgabe, auf Einzelheiten der verschiedenen Zahlenreihen einzutreten. Aus den Darlegungen der Botschaft er-

gibt sich der Schluss, dass die Bodengestaltung und die in der Regel ja davon abhängige Wirtschaftsstruktur im Neuenburgischen ein Gepräge aufweisen, dass sie gegenüber den schweren Krisenerschütterungen der Zeit nur geringe Widerstandsfähigkeit besitzen konnte. Der Anteil der Landwirtschaft am Erwerbsleben ist geringer als in irgend einem andern Kanton, abgesehen von den Städtekantonen; dazu ist sie recht wenig ertragsreich. Dieser Umstand führte zu einer hochgradigen Industrialisierung, die aber ihrerseits durch die Konstellation des Landes auf bestimmte Branchen eingeengt worden ist. Ein relativ grosser Teil der Bevölkerung fand das Auskommen in der Uhrenindustrie, nämlich 25 % aller Erwerbstätigen bei einem schweizerischen Mittel von 5 %. Ueber die Krisenempfindlichkeit der Uhrenindustrie brauche ich in diesem Saale kein weiteres Wort zu verlieren. Dieses Thema hat uns schon zu oft beschäftigt. Es ist auch bekannt, dass das wirtschaftliche Gefüge des Kantons Neuenburg es ausserordentlich erschwert, die arbeitslos gewordenen Leute anderweitig zu beschäftigen, besonders nachdem die früher verbreitete Heimarbeit in der Uhrenfabrikation immer mehr durch den Fabrikbetrieb verdrängt worden ist. So kam es, dass das Unglück der Arbeitslosigkeit den Kanton Neuenburg besonders arg heimgesucht hat. Die Zahl der Beschäftigungslosen hat schon in den Jahren 1930 und 1931 das gesamt-schweizerische Mittel um das Dreifache und seither mindestens um das Doppelte überschritten.

Die Rückwirkung einer solchen Entwicklung auf die öffentlichen Finanzen war zwangsläufig. Die Aufwendungen für die Arbeitslosenfürsorge, aber auch darüber hinaus für die Bekämpfung der Krisenfolgen überhaupt und im besondern die Lasten im Armenwesen schnellten in die Höhe; der geschwächte Wirtschaftskörper erschwerte es, die so vermehrten Ausgaben sofort durch laufende Einnahmen zu decken. Folglich stieg in Staat und Gemeinden die Verschuldung immer weiter an, umso mehr als sie mangels Anlegung von Reserven in besseren Zeiten in empfindlichem Ausmass schon aus der Krisenperiode der ersten Nachkriegszeit herübergenommen und bedauerlicherweise auch in den nachfolgenden günstigeren Jahren nicht nur nicht abgetragen, sondern zum

Teil durch Defizite noch vermehrt worden war. Damit wuchsen selbstverständlich auch die Zinsenkonti zu drückenden Lasten heran. Es ist ein trübes finanzielles Bild, das sich aus den Ziffern der Botschaft entnehmen lässt, speziell in Bezug auf die von den Verhältnissen am härtesten betroffenen beiden Gemeinden La Chaux-de-Fonds und Le Locle. Ich will die Zahlen nicht wiederholen, Sie können sie der Botschaft entnehmen.

Verschärft wurden diese Schwierigkeiten noch durch einen weitem Faktor. Als eine schon im Jahre 1854 als Aktienbank mit staatlicher Kontrolle errichtete sog. Kantonalkbank von den Aktionären im Jahre 1881 in eine staatlich unabhängige Banque commerciale neuchâteloise umgewandelt wurde, sah sich der Kanton im folgenden Jahre veranlasst, eine reine Staatsbank zu gründen. Diese neue und eigentliche Staatsbank hat zwar im Vergleich zu vielen andern kantonalen Bankinstituten für den Staat nie eine besonders hervorragende fiskalische Rolle gespielt, aber immerhin während der Jahre 1888 bis 1928 der Staatskasse etwas über 6 1/2 Millionen Fr. abliefern können, was pro Jahr eine Durchschnittszuwendung von 161'000 Fr. ausmacht. Der Höhepunkt der Leistungen fällt ins Jahr 1918, also noch in das letzte Kriegsjahr, mit 600'000 Fr. Wohl aber hat sich die Neuenburger Kantonalkbank, deren Dotationskapital mit der Zeit auf die ansehnliche Höhe von 40 Millionen Fr. gebracht wurde, entsprechend der geschilderten Struktur des Landes weitgehend als Handelsbank entwickelt und namentlich dem wichtigsten Wirtschaftszweig des Kantons, der Uhrenindustrie, als finanzielle Stütze gedient.

Ein weiteres Charakteristikum der Tätigkeit der Bank ist die vom neuenburgischen Gesetzgeber freilich gewollte weitgehende Befriedigung des Finanzbedarfs von Staat und Gemeinden. Von daher kommt auch das untrennbare Verbundensein des finanziellen Schicksals von Kanton und Staatsbank, vor dem wir heute stehen.

Eine bis in die Gegenwart nachwirkende tiefgreifende Schwächung hat die Kantonalkbank, nach einer gewissen Blütezeit während des Krieges, im Jahre 1920 erfahren, als sie die notleidende Caisse d'épargne de Neuchâtel gemäss Vereinbarung mit

dem Staat übernehmen musste. Eine von damals stammende Belastung von gegen 20 Millionen konnte bisher nur zum kleineren Teil amortisiert werden. Dazu kamen im Laufe der Jahre beträchtliche Verluste aus dem Bankengeschäft selbst, die zum Teil erklärlich sind aus der schon erwähnten einseitigen Wirtschaftsorientierung Neuenburgs und aus dem Niedergang der Hauptbeschäftigung, die aber zum Teil sicherlich auch herrühren aus einer allzu largen Kreditpolitik der Bank überhaupt. Eine im Jahre 1930 an die Hand genommene und im folgenden Jahr zum formellen Abschluss gebrachte Reorganisation hat sich als ganz unzulängliche Operation erwiesen. 17 Millionen Fr. festgestellte Verluste, der aus der Uebernahme der Sparkasse verbleibende Passivsaldo von 11 Millionen Fr. nicht einmal hinzu gerechnet, wurden damals nicht abgeschrieben, sondern als Schuld des Staates unter die Aktiven der Bank eingestellt. Das Dotationskapital, das in Wirklichkeit damals zum grössten Teil bereits verloren war, wurde in bisheriger Höhe in der Bilanz belassen.

Begreiflicherweise wurde durch solches Vorgehen das Vertrauen der Bank in weiten Kreisen erschüttert. Geldabzüge von nicht weniger als 30 Millionen Fr. in den Jahren 1930 und 1931 schwächten die Finanzkraft der Bank nachhaltig. In den darauf folgenden Jahren verschärfte der zunehmende Niedergang der allgemeinen Wirtschaft, speziell der weitere Verfall der Uhrenindustrie, die Lage. Es wurde nicht nur die Kapitalbildung im Einzugsgebiet der Bank verhindert und so der Zufluss neuer Gelder unterbunden, es kam auch zur Kündigung und Rückzahlung eines grossen Teils der Kassenobligationen. Spargelder wurden ebenfalls in wachsendem Umfang abgehoben. Die Folge war, dass seit der sog. Reorganisation weder Abschreibungen noch Reservestellungen vorgenommen werden konnten. Zu all dem kam noch die fortschreitende Verschuldung der Gemeinwesen gegenüber der Bank, ein Faktor, der ebenfalls wesentlich beitrug zur Herabminderung des Vertrauens in die Widerstandskraft des staatlichen Bankinstitutes. Nicht zu verwundern ist, dass unter diesen Umständen der finanzielle Blutentzug weiter vor sich gegangen ist, die Bank neuerdings um 55 Millionen fremder Gelder geschmälert worden ist.

Das ist eine gedrängte Skizzierung der Verhältnisse zur Beantwortung der Frage, wie es zur heutigen verzweifelten Lage im Kanton Neuenburg hat kommen können. In diesen Ausführungen finden sich zugleich zu einem guten Teil auch schon die Aufschlüsse zur Beurteilung der zweiten Frage: ob nicht der Kanton aus eigener Kraft sich helfen könne. Die öffentlichen Kassen sind durch die dargelegten Verhältnisse erschöpft, der staatliche Kredit ist erschüttert, die Staatsbank ohne genügende Zahlungs- und Betriebsmittel, Industrie und Gewerbe sind vielfach selbst der Hilfe bedürftig, weite Volkskreise auf öffentliche Unterstützung angewiesen. An Kraftanstrengungen durch den Kanton, dem Verhängnis zu steuern, hat es freilich nicht gefehlt. Im Jahre 1932 sind aner kennenswerte Einsparungen im Staatshaushalt beschlossen und seither noch vermehrt durchgeführt worden. Seit 1932 wird eine besondere kantonale Krisensteuer erhoben. Daneben sind Steuerzuschläge nach verschiedenen Richtungen dekretiert worden. Die Erbschaftssteuer ist verschärft, ein kantonales Stempelsteuergesetz erlassen, der Salzpreis erhöht, der Ertrag aus Gebühren und Taxen gesteigert worden. Auch die am härtesten getroffenen Gemeinden La Chaux-de-Fonds und Le Locle haben, freilich wohl etwas verspätet, einerseits Ausgabenverminderungen durchgeführt, anderseits vermehrte direkte und indirekte Steuerbelastungen auf sich genommen.

Die in Staat und Gemeinden eingeleiteten Sanierungsmassnahmen können freilich noch nicht als abgeschlossen angesehen werden, die Ausgabenbeschränkungen und auch die Einnahmenerhöhungen müssen noch weiter fortgeführt werden. So kann die direkte Besteuerung ganz wohl noch weiter ausgebaut werden, ohne dass an die Tragfähigkeit der Steuerzahler ungebührliche Zumutungen gemacht würden. Zieht man nämlich die schweizerischen Durchschnittszahlen auf diesem Gebiet zum Vergleich heran, so stehen die neuenburgerischen Steueransätze zum Teil unter, zum Teil nur wenig über dem Mittel; jedenfalls lassen sich eine Reihe von Positionen zugunsten des Fiskus in Neuenburg verbessern. So ist die Steuerbelastung eines Arbeitseinkommens von Fr. 4000 bis hinauf zu 50'000 nach den offiziellen Publikationen der eidgenössischen Steuerverwaltung für das Jahr 1934 nicht nur in den Städten Zürich, Winterthur, St.Gallen - von Bern und

Chur gar nicht zu reden - auf der ganzen Linie erheblich höher als in den meist belasteten neuenburgischen Gemeinden, sondern das Gleiche gilt auch für kleinere Ortschaften wie Rorschach, Arbon, Biel, Grenchen. Alle diese Ortschaften haben höhere Belastungen des Arbeitseinkommens. In der steuerlichen Erfassung des Vermögens bis zu Fr. 100'000 gehen z.B. Appenzell, Herisau, Glarus, Freiburg und Lugano weiter als Neuenburg, zum Teil bedeutend weiter auch als die Gemeinden La Chaux-de-Fonds und Le Locle.

Alle Vorkehren, die dem Kanton Neuenburg billigerweise noch zugemutet werden können, werden aber ohne Unterstützung von aussen zu einer dauernden Besserung der Verhältnisse, insbesondere zu einer Wiedergewinnung des untergrabenen Kredites nicht genügen. Schon im Jahre 1932 wurde ein Konversionsanleihen des Kantons zugunsten der notleidenden neuenburgischen Gemeinden unbefriedigend gezeichnet. Man versuchte es daraufhin mit der Emission eines Prämienanleihens. Auch dieses Mittel versagte zum grössten Teil. Es blieb nichts anderes übrig, als dass der Bund schon im Jahre 1932 in die Lücke sprang und dem Kanton ein Darlehen von 8 Millionen zu einem Zinssatz von 2 % auf die Dauer eines Jahres gewährte.

Nach Jahresfrist wurde Bern um neue Hilfe angegangen, nachdem vorher die Gemeinde La Chaux-de-Fonds mit der Auflage eines Konversionsanleihens von 3 Millionen Fr. einen Misserfolg erzielt hatte. Das 8 Millionen Darlehen wurde vom Bund bis Ende März 1935 verlängert. Ein Konsolidierungsanleihen des Kantons in der Höhe von 16 Millionen Fr. wurde im Jahre 1934, trotz des Defizits der Staatsrechnung von 1933 von 5,5 Millionen Fr., knapp gezeichnet, reichte aber zur Erleichterung der Kantonalbank gegenüber den immer mehr verschuldeten Krisengemeinden nicht aus. In der ersten Hälfte des laufenden Jahres wurden die Hilfsgesuche von Kanton und Gemeinden nach Bern immer dringlicher, zum Teil auf telegraphischem Wege. Man postulierte im Besonderen um die Linderung der drückenden Krisenlasten. Im vergangenen Mai erhielt der Kanton unter Zustimmung des Bundesrates von der Nationalbank zur Ablösung der Vorschüsse der Kantonalbank an die Gemeinden und damit zur Aufrechterhaltung der Zahlungsbereitschaft der Bank selber einen kurz-

fristigen Reskriptionskredit von 8 Millionen Fr. Ein drittes Darlehen von 4 Millionen Fr. zu 2 % verzinslich, bewilligte der Bundesrat dem Kanton für sich und die notleidenden Gemeinden am 9. Juli dieses Jahres zur Erfüllung der laufenden Verpflichtungen. Damit erreichte die Summe der vom Bund beschlossenen Darlehen die Grenze von 20 Millionen Fr. Eine weitere Erhöhung um 4 Millionen, also auf 24 Millionen Fr., sicherte der Bundesrat dem Kanton zu durch den gleichen Bundesbeschluss vom 9. Juli - Sie finden ihn im Wortlaut auf Beilage 1 der Botschaft - unter der Bedingung, dass innert bestimmter Frist das Gleichgewicht des Finanzhaushalts von Kanton und Gemeinden wieder hergestellt werde.

Alle diese Massnahmen des Bundes wurden getroffen unter dem Druck der Lage, um zu verhindern, dass es im Kanton und in einzelnen Gemeinden zu einer Einstellung des Zahlungsdienstes oder bei der Kantonalbank zu einem Schalterschluss komme. Denn eine zur Begutachtung der Verhältnisse eingesetzte Expertenkommission ist in ihrem Bericht vom 14. April 1935 zum Schlusse gelangt, dass als ausgeschlossen angesehen werden müsse, dass Kanton und Krisengemeinden aus eigenen Kräften aus der Situation sich herausarbeiten können. Auf Ende Juni 1935 hat sich nämlich das Kontokorrentkonto der Kantonalbank gegenüber Staat und Gemeinden auf einen Passivsaldo von rund 52 Millionen Fr. belaufen. Dass daneben bei der Bank von 1931 bis Mitte 1935 nicht weniger als 55 Millionen Fr. Gelder zurückgezogen worden sind, habe ich schon erwähnt. Verhandlungen über eine Anleihensaufnahme führten nicht zum Ziel. Neben den bei Neuenburg selbst liegenden nachteiligen Faktoren waren es nun auch die allgemeinen Verhältnisse am Geldmarkt, die ein Hindernis bilden.

Parallel mit den vorläufigen Hilfsmassnahmen des Bundes für Kanton und Gemeinden gingen noch spezielle Stützungsaktionen für die Kantonalbank. Um die Aufrechterhaltung der Liquidität der Bank zu ermöglichen, musste zunächst die Nationalbank weitgehende Kredite bewilligen. Der Bund selbst liess sich sodann im April dieses Jahres zur Errichtung eines Depots von 5 Millionen Fr. auf sechs Monate herbei, das zu 3 % verzinslich

hypothekarisch sichergestellt werden konnte. Ungefähr gleichzeitig stellten auch einzelne Kantonalbanken in Verbindung mit der Pfandbriefzentrale einen kurzfristigen Vorschuss von 5 Millionen Fr. der Kantonalbank zur Verfügung.

Trotz all dieser vielfachen Interventionen stand die Kantonalbank im verflochtenen Juli unter dem wachsenden Misstrauen gegen sie vor der Frage, ob nicht ein Fälligkeitsaufschub der einzige Weg aus der unhaltbar gewordenen Situation sei. Die Bewilligung des Fälligkeitsaufschubs setzt, wie Sie aus der Beratung des Bankengesetzes wissen, unter anderem die Feststellung voraus, dass die Gläubiger für ihre Forderungen voll gedeckt sind. Eine von der Bankenkommission schon Anfang Mai dieses Jahres angeordnete Expertise kam jedoch zum Schluss, dass das Dotationskapital von 40 Millionen Fr. verloren und darüber hinaus mit einer Unterbilanz von 15 Millionen Fr. zu rechnen sei. Die Frage der Volldeckung der Gläubiger durch das mit Staatsgarantie ausgestattete Bankinstitut wurde so abhängig von der praktischen Bedeutung der Staatsgarantie selber, letzten Endes also von der Solvabilität des Kantons, die ihrerseits wiederum vom Bund wiederholt gestützt werden musste, wie Sie gehört haben. Abgesehen von diesen heiklen Punkten waren aber Nationalbank, Bankenkommission und Kantonalbankenverband mit dem eidgenössischen Finanz- und Zolldepartement darüber einig, dass die Gewährung eines Fälligkeitsaufschubes an ein Staatsinstitut nicht nur für die Wirtschaft des Kantons und für die Sanierung seines staatlichen Finanzhaushaltes verhängnisvolle Folgen haben müsste, sondern auch von schädlichen Konsequenzen für andere Kantonalbanken, für den gesamten Hypothekarkredit, sogar für die Landeswährung begleitet sein könne. So gelangte der Bundesrat in seinem Beschluss vom 9. Juli 1935 durch den, wie Sie vorhin gehört haben, in erster Linie dem Kanton weitere Hilfe gewährt worden war, dazu, der Kantonalbank, deren Lebens- und Renditefähigkeit für den Fall einer gründlichen Säuberung der Bilanz von den Fachleuten bejaht wurde, eine Summe von 15 Millionen Fr. als Reserve für einzutretende Verluste unter der Bedingung einer allseitigen Reorganisation der Bank in Aussicht zu stellen, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Räte. Hand in Hand damit gingen die

Anstrengungen zur Beschaffung eines neuen Dotationskapitals durch ein besonderes Konsortium. Diese Verhandlungen wurden jedoch gestört durch eine alarmierende Pressenotiz über die Verhältnisse bei der Bank. Die Folge davon war ein Run auf die Bankschalter, gegen den sich das Institut, nachdem es innerhalb zweier Tage über 2 Millionen Fr. Auszahlungen hat vornehmen müssen, neuerdings mit dem Begehren um Fälligkeitsaufschub zu wehren suchte. Die neue Situation veranlasste den Bundesrat am folgenden Tag zur Zusicherung eines weiteren Darlehens von 6 Millionen Fr. zur Beschaffung eines neuen Dotationskapitals, wiederum unter Vorbehalt der Zustimmung der Bundesversammlung. Dieser Bundesratsbeschluss vom 19. Juli - er ist als Beilage 2 der Botschaft beige druckt - hat Beruhigung geschaffen im Kanton Neuenburg und den Abschluss einer Vereinbarung ermöglicht über die Errichtung eines neuen Dotationskapitals zwischen Bundesrat, Kantonalbankenverband, Versicherungsgesellschaften und weiteren Geldgebern einerseits und dem Staatsrat des Kantons Neuenburg anderseits. Vorgesehen ist in der Vereinbarung ein Dotationskapital von 15 Millionen Fr. als Ersatz des vollständig abzuschreibenden, bisher vom Kanton investierten Kapitals von 40 Millionen Fr. Anfänglich war für die Neudotierung ein höheres Kapital in Frage. Doch dürfte die in Aussicht genommene Summe von 15 Millionen Fr. angesichts des abgebauten Geschäftsvolumens für die heutige Zeit durchaus ausreichen, um in Verbindung mit den übrigen Massnahmen das gestörte Vertrauen zur Bank wiederherzustellen und die nötige Liquidität zu wahren. Da an eine Beschaffung irgendwelcher Gelder auf dem normalen Wege einer öffentlichen Anleiheemission nicht zu denken ist, wollen Bund und Kanton je 5 Millionen Fr. direkt übernehmen, der Rest von 5 Millionen Fr. ist von den Versicherungsgesellschaften und von Neuenburger Kreisen aufzubringen. Der Bundesrat wünscht von uns allerdings die Ermächtigung, auf maximal 6 Millionen Fr. gehen zu können, da die Vereinbarung eine gleichmässige Erhöhung der Anteile für Bund und Kantonalbanken in Aussicht nimmt, sofern von weiteren Geldgebern der Betrag von 5 Millionen Fr. nicht vollständig beigebracht würde. Es sind jedoch aus dem Kanton

Neuenburg ungefähr 3 Millionen Fr. zugesichert, und auch die Beteiligung der Versicherungsgesellschaften erreicht bisher beinahe 1 1/2 Millionen Fr., sodass sich eine 5 Millionen Fr. erheblich übersteigende Beteiligung für den Bund voraussichtlich nicht ergeben wird. Das Dotationskapital soll dem Kanton Neuenburg in Form eines Darlehens auf 15 Jahre gegeben werden zu einem Zins von 4 %, und durch Verpfändung entsprechender Nominalbeträge des Dotationskapitals zu Gunsten der Darlehensgeber sichergestellt werden. Eine Amortisation der Darlehen ist ⁱⁿder Weise vorgesehen, dass nach Verzinsung des Dotationskapitals und nach Speisung des Reservefonds mit 20 % vom verbleibenden Reingewinn 50 % dem Bund zur Tilgung der Verlustreserve von 15 Millionen Fr. und 30 % zur Tilgung der für das Dotationskapital gewährten Darlehen verwendet werden sollen. Auch die Zinsreduktionen, die sich infolge Abzahlung des Dotationskapitals ergeben, sollen als Amortisationsquoten verwendet werden.

Wie es sich mit dem vorgesehenen Reingewinn der Kantonalbank verhalten wird, das ist zu gewärtigen. Die Expertise lautet in dieser Beziehung eher optimistisch, sofern eine durchgreifende organisatorische Reform bei der Kantonalbank vollzogen werde, und sofern sich die allgemeinen Verhältnisse nicht allzu unbefriedigend gestalten.

Was die Reorganisation der Bank anbetrifft, so werden in der Vereinbarung dem Kanton Neuenburg bestimmte Verpflichtungen auferlegt, speziell für Beschränkungen im Geschäftskreis und für Kreditgewährung an Gemeinwesen, ferner in Bezug auf die Vereinfachung im Betrieb, Ersparnisse bei den Unkosten usw. Im siebengliedrigen Verwaltungsrat müssen die Darlehensgeber mit drei Sitzen berücksichtigt werden, damit sie sich einen massgebenden Einfluss auf die Geschäftspolitik sichern können.

Zum Zwecke der Entpolitisierung der Bank soll ferner der Verwaltungsrat künftig nicht mehr vom Grossen Rat, sondern vom Staatsrat ernannt werden. Es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, dass bei früheren Banksanierungen in andern Kantonen auch schon nach dem umgekehrten Rezept verfahren worden ist, nämlich so dass zur Ausschaltung der Politik und Erreichung

einer bessern sachlichen Auslese das Wahlrecht des Regierungsrates durch das des Grossen Rates ersetzt wurde. Hier geht man nun aber den umgekehrten Weg, um zu versuchen, das gesteckte Ziel zu erreichen. Es hängt die für den Kanton Neuenburg vorgesehene Lösung mit den spezifisch-politischen Verhältnissen des dortigen Kantons im Zusammenhang.

Im übrigen verweise ich, was diese an sich und auch rechtlich sehr interessanten Vereinbarung anbelangt, auf diese selbst hin. Sie ist als Beilage 3 im Anhang der Botschaft enthalten. Die vom Staatsrat von Neuenburg in der Vereinbarung vorbehaltene Genehmigung durch den Grossen Rat ist inzwischen erfolgt. In einer Sitzung vom 16. September ist sozusagen einstimmig ein vom Staatsrat vorgelegtes Dekret zur Sanierung und Reorganisation der Kantonalbank angenommen und dem Staatsrat Vollmacht erteilt worden, in Abweichung vom geltenden kantonalen Bankengesetz eine neue Organisation des Institutes vorzunehmen. Gleichzeitig wurde auch die Einholung eines Gutachtens beschlossen über die Frage, ob und eventuell in welchem Masse die Organe der Bank und des Staates für die eingetretene Situation verantwortlich gemacht werden können.

Zur Perfektion der schmerzlichen Operation bedarf es nun noch der Beschlussfassung durch die eidgenössischen Räte. Zu diesem Zwecke legt uns der Bundesrat den Entwurf eines dringlichen Bundesbeschlusses vor, dessen Inhalt durch meine bisherigen Ausführungen zum grössern Teil bereits erläutert sind. Es handelt sich also einmal um die Hilfeleistung des Bundes an den Kanton Neuenburg als solchen, zur Wiederherstellung der Ordnung im Finanzhaushalt des Kantons und seiner notleidenden Gemeinden. Sie haben gehört, dass der Bund zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit des staatlichen Fiskus und zweier grösseren Industriegemeinden, indirekt auch zur Entlastung der Kantonalbank, bereits 20 Millionen Fr. Vorschuss geleistet und weitere 4 Millionen Fr. in Aussicht gestellt hat. Der Bundesrat wünscht und das ist Gegenstand von Art. 1 des Bundesbeschlusses, die Ermächtigung, zur Ablösung dieser kurzfristigen Vorschüsse, dem Kanton ein Darlehen bis zum Maximalbetrag von 24 Millionen Fr. auf 15 Jahre verzinslich zu 2 % und amortisierbar vom Jahre 1939 an ausrichten zu können. Zum zweiten

ersucht der Bundesrat um die Ermächtigung nach, an der Errichtung eines neuen Dotationskapitals der Neuenburger Kantonalbank bis zu 6 Millionen Fr. im Sinne der bereits besprochenen Vereinbarung sich beteiligen zu können. Darüber hinaus ersucht der Bundesrat um die Eröffnung eines Kredites von 15 Millionen Fr., um der Kantonalbank die nötigen Darlehen gewähren zu können zur Deckung der Verluste, mit denen gemäss Expertenbericht nach Abschreibung des Dotationskapitals von 40 Millionen Fr. und nach Aufbrauch der bisherigen noch verbliebenen Reserven noch zu rechnen sein wird (Gegenstand von Art. 2). Von dieser vom Bundesrat in seinem Beschluss vom 9. Juni 1935 der Bank in Aussicht gestellten Verlustreserve ist ebenfalls schon die Rede gewesen.

In Art. 4 schlägt der Bundesrat gewisse Massnahmen vor, die dem Kanton Neuenburg zur Sicherung der Darlehen auferlegt werden sollen, und die Kommission will, wie Sie aus der Vorlage ersehen, diese noch etwas verstärken.

Es handelt sich also um nicht weniger als 45 Millionen Fr., die der Bund freilich nicht als Beitrag à fonds perdu, sondern als Darlehen zur Verfügung stellen soll. Es ist immerhin eine bittere Pille, die uns zum Verdauen verabreicht wird. Auch wenn man über die künftige Bonität der Darlehensforderungen sich optimistischen Hoffnungen hingeben will - man darf das mit einer gewissen Berechtigung tun unter der Voraussetzung, dass Neuenburg selbst alle seine Kräfte zur Ueberwindung der jetzigen Lage einsetzen wird - so bedeutet es doch ein schweres Opfer für den Bund, dessen Kasse ja heute keineswegs an Geldabondanz leidet, wenn er Mittel in derart beträchtlichem Umfange auf Jahrzehnte hinaus, zum Teil zinslos, zum Teil gegen einen recht bescheidenen Zins, festlegen muss. Nicht ohne ernstliche Bedenken ist deshalb die Finanzkommission an die Vorberatung dieses Geschäftes herangetreten. Trotzdem ist sie nicht dazu gelangt, gegenüber den Anträgen des Bundesrates grundsätzlich Widerspruch zu erheben.

Es mögen in Neuenburg im Laufe der Jahre und Jahrzehnte Fehler begangen worden sein, wie an manchem andern Ort, wo menschliche Unvollkommenheit am Werke ist. Für eine rechtzeitige rücksichtslose Anpassung der Ausgabenpolitik an die ver-

änderten Verhältnisse in Staat und Gemeinden mag eine feste Hand gefehlt haben. Die Kantonalbank mag nicht nur in der Befriedigung der industriellen Bedürfnisse zu weit gegangen sein, sondern den Aufgabenkreis eines Bankinstitutes mit dem einer öffentlichen Fürsorgeeinrichtung teilweise verwechselt haben. Die Bank mag selbst zwischen Kreditpolitik und Parteipolitik nicht immer eine scharfe Grenze gezogen haben. Zur zuverlässigen Abklärung solcher Fragen mangelt es in den vorliegenden Akten an nähern Aufschlüssen. Durch die Stellungnahme des neuenburgischen Staatsrates und des Grossen Rates soll aber insoweit durch einen objektiven Untersuch noch besser Licht verbreitet werden. Allein verhalte es sich in diesem Punkte, wie immer es wolle, so weit scheint die Sachlage auf alle Fälle abgeklärt zu sein, dass zu der trüben Situation von heute in erster Linie ein Zusammenwirken ungünstiger Faktoren geführt hat, das vom Willen des einzelnen unabhängig ist und wofür folglich auch eine individuelle Verantwortung nicht besteht. Es sind - ich habe darüber in einer flüchtigen Betrachtung der allgemeinen Verhältnisse gesprochen - vor allem naturgegebene Bedingtheiten, die bewirkt haben, dass die im Gefolge der Weltwirtschaftskrise aufgetretenen Störungen gerade dem Kanton Neuenburg so tiefe Wunden geschlagen haben, dem Kanton, der bei seiner durch die Verhältnisse herbeigeführten einseitigen Wirtschaftsorientierung schon durch frühere Rückschläge geschwächt war, sodass es zum völligen Darniederliegen wichtigster Industriezweige und damit zu den katastrophalen Folgen für die öffentlichen Finanzen und für das kantonale Bankinstitut gekommen ist.

Wenn es unter diesen Umständen als Aufgabe des Bundes angesehen werden darf, einen bedrängten Gliedstaat nicht einfach seinem Geschick zu überlassen, sondern ihm helfend zur Seite zu stehen, so muss allerdings mit Nachdruck die auseinandergesetzte Eigenart, ja die Einzigartigkeit des Falles betont werden. Nicht zu übersehen ist auch die gegenseitige Abhängigkeit der finanziellen Lage von Staat, Gemeinden und Kantonalbank in einem so engen Grad, dass der Zusammenbruch des einen Institutes unausweichlich auch das Schicksal der andern

besiegeln würde. Dass eine solche Eventualität aber schwerwiegende Rückwirkungen auch auf andere Interessengebiete äussern und bis ins Ausland hinübergreifendes verhängnisvolles Misstrauen pflanzen würde, das haben gerade die Kantonalbanken erkannt und deshalb in verdankenswerter Weise mit ihrer Mithilfe nicht gezögert. Zum Akt gemeineidgenössischer Solidarität gegen ein in Not geratenes Bundesglied kommt deshalb auch die Wahrnehmung allgemeiner Interessen.

Ob die Zeiten eines industriellen Aufschwungs und einer neuen Wirtschaftsblüte dem Kanton Neuenburg in absehbarer Zeit wieder einmal beschieden sein werden, niemand kann es mit Bestimmtheit voraussehen. Aber das dürfen wir hoffen, dass der solide, gesunde Sinn des Neuenburgervolkes mit der vorläufig harten und opferreichen Zeit tapfer sich abfindet und das Vertrauen in die Zukunft nicht verliert, dass anderseits die Behörden Neuenburgs in Staat und Gemeinden ihre volle Energie einsetzen, um das Land aus der unerfreulichen Lage herauszuarbeiten.

Im Jahre 1915 ist der Kanton Uri ebenfalls durch eine Bankkatastrophe von schwerem finanziellen Missgeschick betroffen worden, das den wirtschaftlich sowieso schwachen Kanton auf die Hilfe des Bundes angewiesen hat. Uri hat es als Ehrenpflicht betrachtet, unter Aufbringung grösster Opfer des Volkes, drückende Lasten auf sich zu nehmen, um den an die Bundeshilfe geknüpften Bedingungen⁸⁸ Recht zu werden und seine zerrütteten Finanzen wieder zu voller Gesundheit zu bringen. Einwandfrei hat Uri diese schwere Aufgabe erfüllt. Möge Neuenburg in seinen schweren Tagen am Beispiel des urschweizerischen Schwesterkantons eine Stärkung finden. Damit beantragen wir im Namen der einstimmigen Finanzkommission Eintreten auf die Vorlage.

Herr Bundesrat Meyer : Sie werden es mir nachfühlen können, dass ich als Vertreter des Bundesrates und insbesondere auch als Vorsteher des Finanzdepartementes dieses Geschäft nur mit schwerem Herzen vor den eidgenössischen Räten vertrete. Wir haben nach langen Verhandlungen und Vorbereitungen, zu denen auch sehr eindringende Expertisen und Gutachten unabhängiger Fachleute zu rechnen sind, uns der Ueberzeugung nicht

verschliessen können, dass wenn auch einzelne Fehler begangen worden sind im Kanton und bei der Bank, doch eine Verkettung von unglückseligen Umständen die Hauptursache gewesen ist, die die ausserordentlich schwierige und unhaltbare Lage des Kantons herbeigeführt hat. Wir haben festgestellt, dass bei aller aner kennswerten Anstrengung der Behörden, die Dinge zu ordnen und die Finanzen wieder in eine Gleichgewichtslage zu bringen, doch auch etwas zu spät mit wirksamen Bestrebungen begonnen worden ist, so dass vielleicht doch gesagt werden könnte, dass auch heute noch von Seite des Kantons nicht alles das vorgekehrt worden ist, was notwendig war, um die Ordnung wieder herzustellen. Aber all das konnte den Bundesrat nicht dazu führen, den Kanton in dieser peinlichen Lage seiner Finanzen sich selbst zu überlassen. Dabei fiel die Möglichkeit einer eigentlichen Katastrophe, die nach und nach während der schwierigen Wochen in der Mitte dieses Jahres immer mehr zur grossen Wahrscheinlichkeit wurde, in eine Zeit, wo für die Vertrauenskrise gegenüber dem Staatskredit und unserer Währung vom Auslande her alle ungünstigen Vorbedingungen gelegt waren. Unter diesen Umständen haben wir uns zu dem schweren Entschluss durchgerungen, dem Kanton als einem Bundesglied der Eidgenossenschaft die Hilfe nicht zu versagen. Wir haben diesen Grundsatz, der aus dem Geiste unserer Bundesverfassung, unserer föderativen Staatsstruktur fliesst, ja auch in früheren Fällen, wo ein Kanton nicht mehr aus eigenen Kräften vermochte, sich aus den Schwierigkeiten herauszuhelfen, betätigt.

Wenn wir schon gegenüber dieser finanziell weitreichenden Hilfe an den Kanton anfänglich grosse Reserve an den Tag legten, so war die Zurückhaltung noch mehr vorhanden gegenüber der Hilfe an die Kantonalbank. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, dass es nicht in den Sternen geschrieben steht, dass ein jeder Kanton seine Kantonalbank haben müsse. Eine Kantonalbank kann sehr gut wirken; aber sie kann auch, wie nicht nur dieser Fall, sondern auch schon andere Fälle gezeigt haben, die Kantonsfinanzen schwer beeinträchtigen, dann nämlich, wenn die Bank selbst in eine ungünstige Situation kommt. Aber hier war das enge Verhältnis zwischen dem Aufrechtstehen der Bank und dem Kredit des Staates das Moment, das uns dazu führte, die rettende

Hand auch der Bank zu gewähren. In Bezug auf die Bank haben eine Reihe von Stellen, die in allererster Linie zur Wahrung der Interessen unseres Bankwesens im Lande eingesetzt sind, uns dringend beschworen, die Hand nicht wegzuziehen. Die eidgenössische Bankenkommission hat sich in den Vorbereitungs-handlungen mit der Frage beschäftigt. Die schweizerische Nationalbank hat uns, wie die Bankenkommission, den Wunsch dringend ans Herz gelegt, doch hier eine Katastrophe vermeiden zu helfen. Dann haben sich, was für uns ausserordentlich wertvoll war, nicht nur finanziell, sondern auch moralisch, die schweizerischen Kantonalbanken zusammengetan. Sie sind bei uns vorstellig geworden und haben uns, wie die Bankenkommission und das Direktorium der Nationalbank, sehr eindringlich ersucht, mitzuwirken. Wir haben anfänglich im Bundesrat einen Beschluss gefasst, der dazu dienen sollte, den anderen Stellen, d.h. dem Kanton, den Kantonalbanken und privaten Institutionen, die Möglichkeit zu geben, an der Rekonstruktion der Bank zusammenzuwirken. Wir haben unter der Bedingung, dass Kantonalbanken und private Kreise sich beteiligen würden, durch die Gewährung einer Verlustreserve diese Beteiligung erleichtern wollen. Die Verlustreserve hat einen besonderen Zweck. Sie ist ein Gegenposten gegen Risiken, die gegenwärtig bei der Kantonalbank Neuenburg vorliegen, nachdem das gesamte Dotationskapital von 40 Millionen Fr. abgeschrieben worden ist. Wenn die Risiken, die von den Bankexperten im Betrag von 15 Millionen Fr. bezeichnet wurden, effektive Verluste bringen sollten, so wären die Gesamtverluste auf 55 Millionen Fr. zu beziffern. Allein ist es vorderhand zu hoffen, dass sich nicht alle zu effektiven Verlusten auswachsen. Der Herr Berichterstatter der Finanzkommission, der alle wesentlichen Gründe, die wir Ihnen in der Botschaft und auch in mündlichen Sitzungen der Finanzkommission ausgeführt haben, in seinem Berichte dargelegt hat, wies mit Recht auf den grossen Betrag von 45 Millionen Fr. hin, um den es sich bei dieser Hilfsaktion handelt. Dabei möchte ich aber bemerken, dass hier auch nicht ein Franken à fonds perdu vom Bund geleistet werden muss. Die 24 Millionen, die zur Hilfeleistung für den Kanton bestimmt sind, sollen verzinst werden, allerdings - das ist gegeben - zu einem unter dem Normalen liegenden Zinsfuss. Was

die Hilfe an den Kanton betrifft, so sollen die 6 Millionen, die der Bund an das Dotationskapital leistet, ebenfalls zu 4 % verzinst werden. Dafür ist auch eine Verpfändung vorgesehen. Endlich die 15 Millionen Fr. Verlustreserve. Sie sind ein unverzinsliches Darlehen, aber ein Darlehen eigener Art. Während für alle anderen Beträge Rückzahlungsfristen von 15 Jahren bestehen, ~~Fristen~~ ist hier diese Frist nicht angegeben. Man kann sich also fragen, ob diese 15 Millionen wirklich in den Begriff des Darlehens hineinpassen. Es ist indessen festzustellen, dass in der mit dem Kanton Neuenburg geschlossenen Vereinbarung - zwischen dem Bund und den Kantonalbanken einerseits und dem Kanton Neuenburg anderseits - bestimmt ist, dass nach Verzinsung des Dotationskapitals und nach Dotierung des Reservefonds die Hälfte des gesamten Reingewinns alljährlich für die Rückzahlung des in Anspruch genommenen Betrages dieser Verlustreserve verwendet werden soll. Auf diese besondere Art ist also hier für eine Rückzahlung Sorge getragen, sodass wir sagen dürfen, die Hilfe des Bundes geschieht nicht à fonds perdu, sie ist vom Kanton im Laufe der Jahre wieder zurückzuerstatten.

Diese Hilfeleistung soll - und da möchte ich die Worte des Herrn Berichterstatters der Finanzkommission unterstreichen - ein einzigartiger, ein wirklicher Ausnahmefall sein. Der Bund wird bei der Neuordnung der Finanzen Sorge tragen, dass auch die Kantone finanziell leben können, d.h. Lebensspielraum haben. Aber wir müssen erwarten, dass dem Föderalismus auch der Stolz und der Wille nicht abhanden komme, die Angelegenheiten, die auf Grund der Staatshoheit der Kantone zu besorgen sind, aus eigenen Kräften zu erledigen und durchzuführen.

Es ist nun die Frage gestellt worden, was für Bedingungen wir an unsere Hilfsaktion knüpfen wollen. Sie sehen in Art. 4 des Bundesbeschlusses, was Ihnen in dieser Richtung vorgeschlagen wird. Es wird gesagt, dass wir Berichte zu gewärtigen haben über die Gestaltung des Finanzhaushaltes, dass die Vertreter des Bundesrates Einsicht erhalten, dass auch gewisse Garantien dadurch geschaffen werden, dass Anteile an Bundeseinnahmen für die Forderungen des Bundes aus der Hilfsaktion haften. Aber ich möchte doch betonen, dass wir selber nicht glauben, dass diese sog. Sanktionen etwa eine unter allen

Umständen wirksame Garantie bedeuten; der Grundgedanke bei der Aufstellung dieser Bestimmungen ist vielmehr der, dass wir soviel Vertrauen auf die Behörden und das Volk des Kantons Neuenburg hegen, dass sie alle ihre Kraft und Energie einsetzen, um diesen Forderungen gerecht zu werden. Wenn Sie in Art. 4 vielleicht vermissen, dass in Bezug auf die Kantonalbank Neuenburg irgendwelche Kontrolle oder Aufsicht nicht erwähnt ist, so möchte ich ergänzend feststellen, dass in der Vereinbarung, welche Bund und Kantonalbanken mit dem Kanton Neuenburg abgeschlossen haben, vorgesehen ist, dass den Anteilhabern am reorganisierten Dotationskapital drei Sitze im Verwaltungsrat eingeräumt werden. Wenn, wie wir vernehmen, die privaten Institutionen, die Versicherungsgesellschaften, die Stellen im Kanton Neuenburg, welche zum Dotationskapital beigetragen haben, anscheinend verzichten wollen auf die Bestellung eines Mitgliedes, so wird es so kommen, dass die Kantonalbanken zwei Mitglieder aus ihren Kreisen in diesen Bankrat hineinsenden und dass der Bundesrat seinerseits durch ein Mitglied vertreten ist. Wir legen der Mitwirkung des Verbandes der schweizerischen Kantonalbanken in dieser rekonstruierten Kantonalbank eine grosse Bedeutung bei, nicht nur, wie schon gesagt, finanziell, sondern auch moralisch. In diesem Sinne möchten wir Ihnen den Antrag der Finanzkommission und des Bundesrates zur Annahmen empfehlen.

Es wird ohne Gegenantrag mit 23 Stimmen Eintreten beschlossen.

Le conseil décide par 23 voix, sans opposition, de passer à la discussion des articles.

<u>Einzelberatung</u>	-	<u>Discussion des articles.</u>
<u>Titel und Ingress</u>	-	<u>Titre et préambule.</u>
Angenommen	-	Adoptés.

<u>Art. 1</u>	-	<u>Art. 1er.</u>
---------------	---	------------------

Herr Z u s t, Berichterstatter: Es handelt sich also, wie Sie gehört haben, zunächst um die Konsolidierung von 20 Millionen Fr. kurzfristiger Vorschüsse, die dem Kanton bereits ausbezahlt sind, sodann um die 4 Millionen Fr., die der Bundesrat

in seinen Beschlüssen vom 9. und 19. Juli 1935 dem Kanton für sich und seine notleidenden Gemeinden zur Befriedigung laufender Zahlungsverpflichtungen im Rahmen des gesamten Sanierungsplanes zugesichert, aber bis dahin noch nicht ausbezahlt hat. Die geleisteten kurzfristigen Vorschüsse machen also nicht 24 Millionen Fr., sondern 20 Millionen Fr. aus. Das soll in der von der Kommission beantragten Ergänzung des Textes zum Ausdruck kommen. Der Zins ist mit Rücksicht darauf, dass das Darlehen den Charakter einer Hilfsaktion besitzt, nur auf 2 % bemessen. Für die Amortisation des Darlehens ab 1939 wird vom Bundesrat ein Tilgungsplan aufgestellt.

Gemäss Kommissionsantrag angenommen.

Adopté suivant la proposition de la commission.

Art. 2.

Herr Z u s t , Berichterstatter: Gegenstand von Art. 2 bildet die Verlustreserve, die der Bund gestützt auf das Expertengutachten und gemüss den Zusicherungen in den Bundesbeschlüssen vom 9. und 19. Juli der Kantonalbank bis zum Maximalbetrag von 15 Millionen Fr. zur Verfügung stellen soll. Ich habe darüber bereits gesprochen und der Herr Departementschef hat Ihnen vorhin das Wesen dieser Reserve noch auseinandergesetzt. Wenn der Termin zur Abklärung des gefährdeten Bilanzpostens bis 1950 hinausgeschoben wird, so liegt dem der Gedanke zugrunde, dass eine überstürzte Liquidation solcher Aktiven im Interesse der neuenburgischen Wirtschaft soweit möglich vermieden werden muss. Andererseits ist die Tatsache, dass für effektiv bei der Bank eintretende Verluste bis zum genannten Zeitpunkt ein Garantiefonds in der genannten Höhe besteht, geeignet, Beruhigung zu schaffen. Es besteht die Meinung, dass die Gelder vom Bunde nicht sofort in einer einmaligen Leistung, sondern erst nach und nach ausbezahlt werden, nach Massgabe der sich einstellenden Notwendigkeit, abgesehen von den 3 Millionen Fr., die der Bundesrat der Kantonalbank zur Stärkung des Vertrauens als offene Reserve ausrichten kann. Für das Darlehen nach Art. 2 ist Unverzinslichkeit vorgesehen im Gegensatz zum

Darlehen nach Art. 1. Man hat sich in der Kommission gefragt, ob die Hilfsbereitschaft damit nicht allzuweit geht. Diesen Bedenken ist entgegengehalten worden, dass eine weitgehende Entlastung der Kantonalbank von Zinsverpflichtungen zur Herbeiführung der finanziellen Wiedererstarkung notwendig sei. Weiter muss beachtet werden, dass die Zinslosigkeit dieser Verlustreserven in der Vereinbarung über die Beschaffung des neuen Dotationskapitals mit den übrigen Darlehensgebern stipuliert ist, sodass eine dahingehende Abänderung des bundesrätlichen Vorschlages ein Zurückkommen auf die mühsam zustande gekommene Vereinbarung nach sich ziehen würde. Schliesslich ist darauf aufmerksam zu machen, dass diesem Darlehen als Ausgleich für Unverzinslichkeit eine gewisse Vorzugsstellung für die Amortisation eingeräumt wird, wie soeben vom Bundesratstische aus dargelegt wurde. Unter diesen Umständen will die Kommission davon absehen, eine vom Entwurf des Bundesrates abweichende Stellung einzunehmen.

Der Abänderung, die der Nationalrat vorgenommen hat, kommt nur redaktionelle Bedeutung zu. Wir stimmen ihr zu.

In Zustimmung zum Nationalrat angenommen.

Adopté par adhésion à la décision du Conseil national.

Art. 3.

Herr Z u s t , Berichterstatter: Art. 3 hat seinen Ausgangspunkt in der abgeschlossenen Vereinbarung über die Schaffung des neuen Dotationskapitals für die Kantonalbank. Entgegen den anfänglich in Erwägung gezogenen Plänen auf Gründung einer Aktienbank unter Beteiligung öffentlicher und privater Geldgeber, also auf Errichtung eines gemischt-wirtschaftlichen Institutes, soll der reine Staatscharakter der Bank, mit Rücken- deckung durch die Staatsgarantie, gewahrt bleiben. Dabei wird dem Kanton in der Vereinbarung die Pflicht zur Durchführung einer allseitigen Reorganisation der Bank auferlegt, und zwar soll das geschehen im Einvernehmen mit den Darlehensgebern. Ich habe darüber, ebenso über die Beteiligung des Bundes am neuen zu 4 % verzinslichen Kapital im Eintretensreferat das Notwen-

dige gesagt. Wiederholen möchte ich hier nur, dass die 6 Millionen Fr. Bundesbeteiligung die oberste Grenze bilden, die nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen nicht erreicht werden dürfte.

In Art. 2 der Vereinbarung ist die Sicherstellung der Darlehen durch Verpfändung entsprechender Beträge des Dotationskapitals geregelt. Wir beantragen Ihnen, den Beschluss durch die ausdrückliche Aufnahme dieser Bedingung zu ergänzen.

Im übrigen ist für die vom eidgenössischen Finanz- und Zolldepartement eingegangene Vereinbarung die Genehmigung des Bundesrates, nicht auch der Bundesversammlung vorgesehen.^{Da} Gegenstand der Vereinbarung ein Darlehen an einen Kanton bildet, das zu 4 % verzinslich ist, wird die Zuständigkeit des Bundesrates gestützt auf Art. 2 und 5 des Bundesgesetzes vom Jahre 1928 über die Anlage eidgenössischer Gelder angenommen werden dürfen.

Im letzten Absatz des Art. 3 wird die Befreiung der Darlehen von der eidgenössischen Stempelpflicht inklusive Couponsteuer ausgesprochen, entsprechend einer Zusicherung in Art. 3, Abs. 2 der Vereinbarung.

Gemäss Kommissionsantrag angenommen.

Adopté suivant la proposition de la commission.

Art. 4.

Herr Z u s t, Berichterstatter: In seinem Beschluss vom 9. Juli hat der Bundesrat die Gewährung der 24 Millionen-Anleihe dem Kanton unter der Bedingung in Aussicht gestellt, dass bis 1. September d.J. ein Sanierungsplan dem Bundesrat unterbreitet werde, in welchem das Gleichgewicht im Finanzhaushalt von Kanton und Gemeinden hergestellt und die Tilgung der Darlehen gesichert sei. Die Erfüllung dieser Forderung liess sich nicht verwirklichen, da grundlegende Fragen noch eines näheren Studiums bedürfen und auch sonst die Schwierigkeiten nicht gering sind, nachdem Sparmassnahmen schon vorher in ausgedehntem Masse getroffen worden sind. Der Bundesrat wird deshalb im Bundesbeschluss davon Umgang nehmen, eine bestimmte Frist zu setzen, hält aber sonst an der gestellten Be-

dingung fest, wahrt sich auch das Recht der Einsicht in alle einschlägigen Verhältnisse und erklärt die dem Kanton zufallenden Anteile an Bundeseinnahmen haftbar für Zins- und Amortisationsverpflichtungen.

Der Nationalrat hat dazu eine Modifikation in dem Sinne beschlossen, dass der Staatsrat von Neuenburg verpflichtet wird, innert Jahresfrist über die getroffenen Massnahmen Bericht zu erstatten. Dieser Erweiterung stimmt Ihre Kommission zu. Sie möchte indes diese Sicherungsbestimmungen noch etwas nachhaltiger gestalten: In einem neuen Abs. 3 soll dem Bundesrat die Aufgabe überbunden werden, vom Kanton zu verlangen, wenn es nötig werden sollte, dass er auch in Zukunft, solange Bundesgelder ausgeliehen sind, alle die Vorkehren treffe, die zur Erfüllung der aus dem ganzen Verhältnis sich ergebenden Verpflichtungen nötig sind. Anfänglich wollte die Kommission noch einen Schritt weitergehen und dem Bundesrat die Ermächtigung erteilen, den Kanton zu entsprechenden Beschlüssen zu verhalten. Diese Erweiterung hätte ebenfalls den Sinn einer Bedingung für die Hingabe des Geldes gehabt. Aus psychologischen und staatsrechtlichen Gründen hat man jedoch von der weiteren Fassung abgesehen. Es dürfte die Bestimmung genügen, dass die Bundesbehörden die erforderlichen Schritte vom Kanton verlangen sollen, nachdem als Sanktion für die Nichteinhaltung der Bedingungen die Zurückbehaltung der dem Kanton zukommenden Anteile an Bundeseinnahmen bereits im bundesrätlichen Entwurf enthalten ist. Wir zweifeln nicht daran, dass die Behörden von Neuenburg das harte Gebot der Stunde erfasst haben und dass sie bestrebt sind, die Anpassung an die nun einmal gegebenen Verhältnisse kraftvoll durchzuführen. Das finanzielle Engagement der Eidgenossenschaft in Neuenburg ist ein ausnahmsweise weitgehendes, der Summe und der Dauer der zeitlichen Bindung nach, und die Verhältnisse können sich nach dieser und jener Richtung im Laufe der Zeit ändern. Unter Umständen kann es gerade für die verantwortlichen kantonalen Behörden wertvoll sein, wenn sie zur Stärkung ihrer Position einen Rückhalt an einer Bestimmung von der Art der von uns vorgeschlagenen Ergänzung besitzen. Einer solchen Ergänzung dürfte vielleicht auch

präventive Wirkung zukommen für Kreise, die in der Anrufung der Bundeshilfe einen bequemen Weg, um aus auftauchenden Schwierigkeiten herauszukommen, sehen und aus dem heutigen Einzelfall Schule machen wollten. Aus diesen Gründen beantragen wir in Art. 4 die Aufnahme eines neuen Absatzes im angeführten Sinne.

Gemäss Kommissionsantrag angenommen.

Adopté suivant la proposition de la commission.

Art. 5.

Herr Z u s t, Berichterstatter: Die Anwendung der Dringlichkeitsklausel kann hier ohne eine Ritzung der Verfassung erfolgen. Eine Pflicht der Unterstellung des Bundesbeschlusses unter das Referendum würde übrigens auch deshalb nicht bestehen, weil dem Beschluss nicht allgemein verbindlicher Charakter zukommt.

In Zustimmung zum Nationalrat angenommen.

Adopté par adhésion à la décision du Conseil national.

Gesamtabstimmung: Die Vorlage wird mit 22 Stimmen ohne Gegenstimme angenommen.

Vote sur l'ensemble: Le projet est adopté par 22 voix, sans opposition.

An den Nationalrat.

Au Conseil national.

12/3259 s Offiziersschulen und -kurse. Abänderung des Bundesbeschlusses (Differenz).

(Siehe S. 49.)

Beschluss des Nationalrates vom 24. September 1935 und Anträge der Kommission vom 25. September 1935 (Beilage 6a).

Kommissionsberichterstatter: Hr. Ochsner.

12/3259 é Ecoles et cours d'officiers. Modification de l'arrêté fédéral (divergence).

(Voir p. 49.)

Décision du Conseil national du 24 septembre 1935 et propositions de la commission du 25 septembre 1935 (annexe 6b).

Rapporteur de la commission: M. Ochsner.

Herr O c h s n e r , Berichterstatter: Es besteht mit dem Nationalrat nur eine einzige Differenz. Sie betrifft Art. 1, VII, Sanitätstruppe.

Nach Art. 134, Ziffer 3 der Militärorganisation vom 28. Dezember 1934 über die Abänderung des Bundesgesetzes vom 12. April 1907 betreffend die Militärorganisation haben zu bestehen: "Die zur Beförderung zum Major in Aussicht genommenen Hauptleute der Infanterie, der Kavallerie, der Artillerie, der Genie-, der Flieger- und der Sanitätstruppe eine Zentralschule^{II} in der Dauer von fünfundzwanzig Tagen".

Dann folgt die Erläuterung: "Die zur Beförderung zum Major in Aussicht genommenen Hauptleute der Sanitätstruppe können an Stelle der Zentralschule II in einen taktisch-technischen Kurs II in der Dauer von achtzehn Tagen aufgeboten werden. Die Durchführung dieses Kurses in zwei Teilen bleibt vorbehalten".

Diesem Gedanken hat der Bundesrat in seinem Entwurf Ausdruck verliehen in dem Satze: "Für die Sanitätstruppe werden ausser den im Bundesgesetz über die Abänderung der Militärorganisation vom 28. Dezember 1934, Art. 134, vorgesehenen Ausbildungskursen keine weiteren Kurse angeordnet". Dann folgt der zweite Satz: "Jedoch können in die taktisch-technischen Kurse II auch solche Offiziere einberufen werden, die bereits zum Major befördert sind und in irgendeiner Hinsicht weiter ausgebildet werden sollen".

Der Ständerat trat dem Entwurf des Bundesrates bei. Der Nationalrat hat die zwei Sätze in einen Satz zusammengezogen. Eine materielle Aenderung gegenüber dem Beschluss des Ständerates entsteht dadurch nicht. Die Kommission beantragt Ihnen Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates, womit auch der Bundesrat einverstanden ist.

Der Rat stimmt ohne Gegenantrag dem Antrage der Kommission zu.

Le conseil adopte, sans opposition, la proposition de la commission.

An den Nationalrat und Bundesrat.

Au Conseil national et au Conseil fédéral.

3/3291 n Volksabstimmung vom 2. Juni 1935 (Kriseninitiative). Erwahrung.

Botschaft und Beschlussesentwurf vom 5. Juli 1935 (BB1. II, 77).

Beschluss des Nationalrates vom 24. September 1935: Erwahrung des Abstimmungsergebnisses im Sinne der bundesrätlichen Vorlage.

Antrag der Kommission: Zustimmung zum Nationalrat.

Kommissionsberichterstatter: Hr. Walker.

3/3291 n Votation populaire du 2 juin 1935 (initiative de crise). Résultat.

Message et projet d'arrêté du 5 juillet 1935 (FF II, 77).

Décision du Conseil national du 24 septembre 1935: Homologation du résultat de la votation dans le sens du projet du Conseil fédéral.

Proposition de la commission: Adhérer à la décision du Conseil national.

Rapporteur de la commission: M. Walker.

Herr W a l k e r, Kommissionsberichterstatter, empfiehlt den Kommissionsantrag. Er erinnert daran, dass am 30. November 1934 dem Bundesrate ein mit 334'699 Unterschriften versehenes Volksbegehren zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise und Not eingereicht worden war. Die Abstimmung darüber hat am 2. Juni 1935 stattgefunden. Nach der Botschaft ist das Initiativbegehren vom Volke mit 567'425 gegen 425'242 Stimmen und von 16 ganzen und 4 halben Ständen verworfen worden, während 3 ganze und 2 halbe Stände es angenommen haben. Einsprachen gegen die Abstimmung sind nicht eingelangt.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen, gemäss Kommissionsantrag.

Conformément à la proposition de la commission, le projet est adopté à l'unanimité.

An den Nationalrat.

Au Conseil national.

85/3307 s Pressfreiheit. Ergebnis des Volksbegehrens.

Bericht des Bundesrats vom 20. September 1935
(BB1. II, 413).

Antrag der Kommission: Erhaltung der Initiative und Ueberweisung des Volksbegehrens an den Bundesrat zur materiellen Behandlung.

Kommissionsberichterstatter: Hr. Schöbi.

85/3307 é Liberté de la presse. Résultat de l'initiative populaire.

Rapport du Conseil fédéral du 20 septembre 1935 (FF II, 414).

Proposition de la commission: Homologuer le résultat de l'initiative et renvoyer celle-ci au Conseil fédéral pour rapport sur le fond.

Rapporteur de la commission: M. Schöbi.

Herr S c h ö b i, Kommissionsberichterstatter, führt u.a. aus, das Sekretariat der sozialdemokratischen Partei der Schweiz habe am 29. Mai 1935 ein Volksbegehren betreffend die Pressfreiheit eingereicht, das nach den Angaben des Sekretariates 81'196 Unterschriften trug. Die vom eidg. Statistischen Amt vorgenommene Prüfung ergab, dass das Volksbegehren von 82'038 gültigen Unterschriften unterstützt und somit als zustande gekommen zu betrachten ist.

Der Rat schliesst sich einstimmig dem Kommissionsantrage an.
Le conseil unanime adhère à la proposition de la commission.

An den Nationalrat.

Au Conseil national.

Schluss der Sitzung um 10 Uhr 45 Minuten.

La séance est levée à 10 h. 45.

SR 9. Sitzung vom 26.09.1935

CE 9. séance du 26.09.1935

In	Protokolle der Bundesversammlung
Dans	Procès-verbaux de l'Assemblée fédérale
In	Verbali dell'Assemblea federale
Jahr	1935
Année	
Anno	
Signatur	CH-BAR#E1401#1960/58#230
Cote	
Segnatura	
Session	Ordentliche Herbstsession (16.09.1935-28.09.1935)
Session	Session ordinaire d'automne (16.09.1935-28.09.1935)
Sessione	
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Datum	26.09.1935
Date	
Data	
Seite	68-96
Page	
Pagina	
Ref. No	100 001 972

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.